

Anfrage

der Abg. Mag.^a Jöbstl und Mag. Zallinger an die Landesregierung betreffend
Förderungsmöglichkeiten für Schulreisen zu den EU-Institutionen nach Brüssel/Straßburg

Politikverdrossenheit und Desinteresse am aktuellen Zeitgeschehen müssen sich Schülerinnen und Schüler heute häufig vorwerfen lassen, dabei sind Jugendliche meist sehr politikinteressiert und wissbegierig. Gerade praxisnaher Unterricht und die Gelegenheit Politik direkt vor Ort kennenzulernen sind gute Möglichkeiten, das Politikinteresse bei jungen Menschen zu wecken bzw. zu verstärken. Der Besuch von regionalen, nationalen oder europäischen Politikinstitutionen gehören dazu zu wichtigen Instrumenten der politischen Bildung. Je weiter entfernt Entscheidungen getroffen werden, umso wichtiger ist die Vermittlung von Inhalten und Entscheidungsgrundlagen, um das Verständnis für politische Handlungen zu stärken. Junge Menschen haben den europäischen Einigungsprozess hautnah miterleben und für sie ist ein vereintes Europa selbstverständliche Realität ist. Daher erfreut sich gerade für Schülerinnen und Schüler ein Besuch der europäischen Institutionen großer Beliebtheit. Eine Exkursion nach Brüssel und/oder Straßburg bietet die Gelegenheit, europäische Politik am Puls der Zeit zu erleben.

Von dieser Erfahrung soll kein Schüler ausgeschlossen werden, weil die finanziellen Möglichkeiten der Familie zur Teilnahme nicht ausreichen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

Anfrage:

1. Welche Förderungsmöglichkeiten gibt es für Schulreisen nach Brüssel/Straßburg zu den EU-Institutionen?
2. Welche Kriterien müssen für eine Förderung erfüllt werden?
3. In welcher Höhe werden die Klassen bezuschusst?
4. Wie viele Klassen pro Jahr machen von der Förderungsmöglichkeit Gebrauch?

Salzburg, am 30. Jänner 2019